

# Streit um Aldi-Ansiedlung eskaliert

Sprecher der Bürgerinitiative kündigt Klage an / Bürgermeister: „Einschüchterungsversuch“

Von Achim Gückel

**Aligse.** Die Debatte um die Ansiedlung des Aldi-Logistikzentrums südwestlich von Aligse wird immer heftiger – und zwischen den Politikern im Lehrter Rat sowie den Gegnern des Projekts in der Initiative Aligse-Kolshorn-Röddensen werden die Gräben immer tiefer. In einer Sitzung von Bau- und Umweltausschuss am Dienstagabend kündigte Otto Lüders, Rechtsanwalt und einer der Sprecher der Bürger, eine Klage gegen den noch zu beschließenden Bebauungsplan für das Logistikzentrum an. Er skizzierte außerdem ein Szenario, wonach Ratsmitglieder persönlich und finanziell haftbar seien, falls Aldi bei einer gerichtlich attestierten Fehlerhaftigkeit des Verfahrens Regressansprüche geltend mache. Tags darauf sprach Bürgermeister Klaus Sidortschuk im Rat der Stadt davon, Lüders habe mit seinen Worten „mindestens den Anschein eines Einschüchterungsversuchs“ unternehmen und mit seinen Einschätzungen vollständig und wesentlich „daneben gelegen“.

In den politischen Beratungen ging es um zwei Zusätze im Bebauungsplan – die nachträglich eingeplante Linksabbiegespur von der Autobahnrampe, die den aus Richtung Hannover kommenden Aldi-Lastwagen einen grotesken Umweg über die Burgdorfer Straße ersparen soll, und eine vertragliche Regelung, mit der Aldi rund 30 Grundstücksbesitzern an Aligses und Röddensens Ortsdurchfahrten besseren Lärmschutz finanziert. Für diese Nachträge gab es eine breite politische Mehrheit. Nur die Vertreter der Linken im Rat enthielten sich, Gegenstimmen gab es keine.

## Müssen Ratsmitglieder haften?

Die weiteren Beratungen zum Aldi-Bebauungsplan, der im Herbst endgültig abgesegnet werden soll, erscheinen nun aber so belastet wie nie zuvor. Lüders und andere Aldi-Gegner hatten in der Ausschusssitzung am Dienstag Zweifel angemeldet, dass dem Verfahren stichhaltige Zahlen und Berechnungen zugrunde liegen – etwa bei der Anzahl der zu erwartenden Lastwagen und bei den Lärmprognosen. Warum man keine konkreten Lärmmessungen, sondern nur theoretische Hochrechnungen mache, fragte etwa BI-Sprecherin Doris Rojahn.

Lüders sprach indes davon, der Rat sei kurz davor „rechtswidrige Beschlüsse“ zu fassen. Eine Klage samt Normenkontrollverfahren sei „so sicher wie das Amen in der Kirche“, und wer solche Beschlüsse herbeiführe, der hafte persönlich. Beginne Aldi also zu bauen und werde im Nachhinein festgestellt, dass das Verfahren rechtliche Mängel habe, könne Aldi möglicherweise Millionenforderungen geltend machen. An die Ratsmitglieder ge-



An seinen Aussagen scheiden sich die Geister: BI-Sprecher Otto Lüders (mit Mikrofon) in der Sitzung von Umwelt- und Bauausschuss.

FOTO: GÜCKEL

richtet sagte der BI-Sprecher schließlich, sie könnten schon mal darüber nachdenken, „das Einfamilienhaus auf die Frau zu übertragen“, um damit dem Verlust von Hab und Gut vorzubeugen.

Schon am Dienstagabend ließ Ronald Schütz (Grüne) angesichts der Aussagen Lüders' das Wort „Drohungen“ fallen. Am Mittwochabend im Rat legte Bürgermeister Klaus Sidortschuk nach. Der Para-

graf im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz, auf den sich der Aligser berufen habe, sei von diesem falsch zitiert worden. „Und er weiß das auch“, sagte Sidortschuk. In dem Paragraphen gehe es nur um Pflichtverletzungen eines einzelnen Ratsmitglieds und wie damit zu verfahren sei, nicht aber um Beschlüsse des gesamten Gremiums. „Die Rechtslage ist eindeutig. Niemand muss die Sorge haben,

persönlich in Haftung genommen zu werden“, sagte Sidortschuk.

Lüders selbst war in der Ratssitzung am Mittwoch nicht im Saal. Er verpasste daher auch einen unverblühten Redebeitrag von Ronald Schütz. Der Rat wolle mit den Nachträgen zum Bebauungsplan einen Schritt auf die Bürger und die Initiative zumachen, sagte der Grünen-Ratsherr. „Wir strecken die Hand aus“, sagte Schütz. Lüders habe mit

seinen Wortbeiträgen vom Tag zuvor jedoch vieles kaputt gemacht. Er habe eine „für alle wahrnehmbare Drohkulisse“ aufgebaut und dabei das Ziel gehabt, eine freie Entscheidung im Rat zu beeinflussen. Das sei möglicherweise sogar ein Fall der versuchten Nötigung, und so etwas lasse er sich nicht gefallen, sagte Schütz. Und die Bürgerinitiative müsse sich nun genau überlegen, wer für sie spricht.

## PLANVERFAHREN DES ALDI-LOGISTIKZENTRUMS

# Politiker begrüßen Nachbesserungen

**Das im März 2016 begonnene Planverfahren** zur Ansiedlung des Aldi-Logistikzentrums geht jetzt auf die Zielgerade. Die dafür notwendige Änderung des Flächennutzungsplans ist nach Auskunft der Stadt mittlerweile genehmigt worden. Der Bebauungsplan soll im Herbst verabschiedet werden. Dann könnte Aldi den Bauantrag für das gigantische Bauwerk stellen, das das Unternehmen auf einem 13 Hektar großen Grundstück zwischen der Autobahnanschlussstelle Lehrte und dem Aligser Gewerbegebiet errichten will und das in einer ersten Baustufe 45 000 Quadratmeter Grundfläche haben soll. Baubeginn für das von den meisten Aligsern abgelehnte Millionenprojekt könnte dann im Jahr 2019 sein.

Die zwei Änderungen in Sachen Linksabbiegespur und Lärmschutz für besonders geplagte Anlieger der B443, die jetzt ergänzend zum bereits im vergangenen Dezember auf den Weg gebrachten Bebauungsplan zur Debatte standen, sind unter Lehrtes Politikern unumstritten. „Der Vorschlag für die Linksabbiegespur wurde bereits im Sommer 2016 erstmals gemacht. Wir können das nur begrüßen“, sagte SPD-Fraktionschef Bodo Wiechmann am Mittwoch im Rat und beteuerte, dass man die Belastung für die Bürger senken wolle. In dieser Hinsicht sei auch der Vertrag über den von Aldi zu bezahlenden Lärmschutz eine Verbesserung. Ähnlich äußerte sich Martin

Schiweck, CDU-Ratsherr und Ortsratmitglied in Aligse. Er hatte in früheren Sitzungen noch Nachbesserungen im Bebauungsplan gefordert. Diese habe man nun erreicht. Daher könne er dem Verfahren nun zustimmen.

Von Mitte Juni bis Mitte Juli wird der umstrittene Bebauungsplan noch einmal öffentlich ausgelegt – mit zwei Wochen längerer Dauer als üblich. Dann haben unter anderem Bürger die Gelegenheit, erneut Bedenken und Einwendungen vorzubringen. Diese werden anschließend in der Verwaltung abgewogen und noch einmal zur politischen Debatte vorgelegt.

Gegner des Logistikzentrums hatten insbesondere in der Sitzung

von Bau- und Umweltausschuss am Dienstag viele Bedenken gegen das Projekt vorgebracht. In den Betrachtungen des zusätzlichen Lärms durch die Aldi-Lastwagen werde etwa der bereits vorhandene Bahnlärm vernachlässigt, bemängelten sie. Auch der mögliche Anstieg der Belastung mit Feinstaub werde nicht ausreichend berücksichtigt. Man fühle sich in Aligse schon jetzt von all den Umwelteinflüssen über Gebühr belastet, sagte etwa Doris Rojahn, Sprecherin der Bürgerinitiative Aligse-Kolshorn-Röddensen. Es dürfe jetzt nicht nur darum gehen, was im Planverfahren rechtlich einwandfrei, sondern auch darum, was der Wille der Bürger und Wähler in den betroffenen Dörfern sei. ac